

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 1 4. 1. 2013

doris pack: kulturelle vielfalt stärken + china baut ex-deutsches kernkraftwerk ++ zwei millionen fahndungskosten in sachen christian wulff + japans energie-kurs + nahles: 5000 spd-bäume für israel + schweizer industrie gegen atom-ausstieg + lage in syrien; israel-sicht + angela merkel: ohne polen geht nicht ++ wolfgang weimer über „german angst“, z.b. klima-hysterie

Europaparlament: Realschülern den Zugang zum Beruf ermöglichen **Ausschussvotum zur EU-Richtlinie „Anerkennung von Berufsqualifikationen“**

Aufatmen in Brüssel: Der Gesundheitsausschuss des Europaparlaments will auch weiterhin Schulabsolventen nach zehn Jahren allgemeiner Schulbildung den Krankenpflegeberuf ermöglichen. Die EU-Kommission hatte zur Überarbeitung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie vorgeschlagen, die Zugangsvoraussetzungen zur Krankenpflegeausbildung von zehn auf 12 Jahre Schulbildung anzuheben.

„Ein Vergleich von Äpfel und Birnen“ sagt CSU-Europaabgeordnete Anja Weisgerber, Berichterstatterin des Gesundheitsausschusses zum Gesetzesvorschlag. „Verschiedene Schul- und Ausbildungstraditionen in Europa machen einen Vergleich der reinen Schuljahre unmöglich. Es kommt auf die Qualität an und da steht die deutsche berufsfachschulische Ausbildung sehr gut da. Auch in Zukunft sollen Realschüler Krankenschwester oder Krankenpfleger werden können“, so Weisgerber.

Warum dieser Text auf der Titelseite von ContraSalon? Weil deutsche Medien diese total normale Seite der Arbeit unserer Europaabgeordneten selten oder nie bringen, sondern zwangsläufig intransparente Gipfel-Beratungen, Blabla und Stöhnen darüber, dass „niemand in Deutschland“ die Europa-Abgeordneten kenne. Helmut Schmidt sagte Weihnachten in der ZEIT, Medien wie SPIEGEL und BILD hätten in Sachen EU-Finanzkrise das Volk verhetzt. Zu wenige wagen solche Wahrheiten.



Dr. med. Peter Liese MdEP

Der Mensch fängt nicht erst mit dem Abitur an. „Als Arzt habe ich mit sehr vielen Krankenschwestern zusammengearbeitet. Die gute Ausbildung und oft lange Berufserfahrung sind in vielen Situationen mehr wert als ein Abitur oder mein Medizinstudium“, sagte der Arzt und CDU-Europaabgeordnete Dr.med. Peter Liese.

Der Ausschuss schlug vor, dass die Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung zur Krankenschwester oder zum Krankenpfleger mindestens 10 Jahre Schulbildung sein soll. Damit könnte das sehr erfolgreiche deutsche System erhalten bleiben. Durch die Formulierung "mindestens 10 Jahre" soll den Ländern, die heute bereits mehr als 10 Jahre allgemeine Schulbildung fordern, die Angst vor einer Herunterstufung genommen werden.

Abstimmung im federführenden Binnenmarktausschuss: Januar 2013

Michael Gahler MdEP und die Ukraine-Politik im Europaparlament. Hessen-Politiker meidet Kiewer Klippen



. Michael Gahler

In Sachen Ukraine gehen in der Straßburger Völkervertretung die Fronten quer durch die Fraktionen. Polen und Balten klagen, die Ukraine werde schlechter als Moskau behandelt. Die Inhaftierung der Oppositionellen Politikerin Julia Timoschenko hindert manchen nicht daran, auf andere, „neue“ Regimegegner zu setzen. Einige schlagen vor, nicht „zu pingelig“ zu sein und die Kiewer Herrscher nicht zu den Russen zu drängen. Gahler kennt jedes Detail und war immer wieder vor Ort. Er weiß, dass eine Taktik „nur pro Timoschenko“ nichts nutzt, aber die Förderung des Boxers Klitschko auch nicht. In geschickten Verhandlungen hat er mit den Meinungsgruppen in Straßburg zu einer recht kohärenten Ukraine-Politik gefunden. Er verspricht der Ukraine weder einen raschen EU-Beitritt noch droht er der Regierung. Vor allem distanziert er sich von allen, die den klar europäischen Charakter der

Ukraine bestreiten. Hierbei hatte sich auch der Rat mehrmals negativ hervorgetan. Wer Kiew vom Putin-Schlepptau lösen wolle, so Gahler, sollte historisch nicht haltbares Einordnen unterlassen. Im Übrigen würdigten die Mitglieder der EVP die Anstrengungen ihrer polnischen Partei PO, jungen Ukrainern Studienplätze zu sichern

Doris Pack /EVP/CDU): Kreatives Europa; kulturelle Vielfalt stärken!

Der Kultur- und Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich mit breiter Mehrheit für die Einrichtung des Rahmenprogramms "Kreatives Europa" aus. Unter diesem Titel sollen ab 2014 die 2013 auslaufenden Förderprogramme KULTUR und MEDIA (für den audiovisuellen Bereich) unter einem Dach zusammen- und fortgeführt werden.

Ziele des Rahmenprogramms sind zum einen Wahrung und Förderung der kulturellen wie sprachlichen Vielfalt und zum anderen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche.



Doris Pack MdEP

Doris Pack, Vorsitzende des Kulturausschusses, erläuterte den doppelten Charakter des Programms: "Kulturelle Vielfalt ist ein Wert an sich, den wir bewahren müssen und der nicht immer in Euro und Cent auszudrücken ist. Das neue Rahmenprogramm muss daher die **Mobilität** von Kulturschaffenden fördern, die grenzüberschreitende **Verbreitung** ihrer Werke unterstützen und zur Förderung des **interkulturellen Dialogs beitragen**. Wir müssen uns offensiver zum wirtschaftlichen Potenzial der Kultur- und Kreativindustrie bekennen und versuchen, dieses künftig noch besser auszunutzen."

Es soll ein günstiges Umfeld zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Kreativunternehmen geschaffen werden: Kernbereiche seien hier die Entwicklung der fachlichen Kompetenzen, erleichteter Zugang zu Krediten, die Förderung neuer Geschäftsmodelle, der Zugang zum internationalen Markt und verbesserte Zusammenarbeit mit anderen Branchen. Pack: „Unternehmen aus dem Kultur- und Kreativsektor tragen heute wesentlich zum Bruttoinlandsprodukt bei, Tendenz steigend - und bieten Millionen Menschen Arbeitsplätze. Das von der Kommission vorgeschlagene Budget in Höhe von 1,8 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020 wird benötigt, um den Zielen des Programms gerecht zu werden. Ich hoffe daher, dass die nationalen Regierungen dem Vorschlag folgen werden."

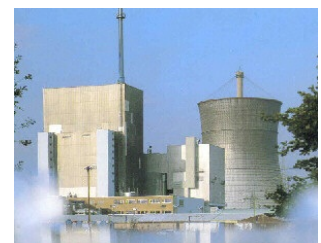
Zu den Kulturindustrien gehören traditionelle Kunstbereiche wie bildende Kunst, Film oder neue Medien. "Kreativindustrien" umfassen Branchen mit kultureller Dimension und oft funktionalem Ergebnis wie Architektur, Design oder Werbung.

SENSATION: Baubeginn für den ex-deutschen HTR-Reaktor in China!

Nach Testjahren und Rückschlägen setzt man auf den von Johannes Rau Gekippten

Vor Weihnachten hat China in Shandong Shidaowan (an der Shiao-Bucht, Nordostküste) mit dem Bau eines Hochtemperatur-Demonstrationsreaktors (HTR-PM) begonnen. Da er auch Strom ins Netz liefern wird, haben wir es mit der **vierten KKW-Generation** zu tun. Die 3. Generation mit großem Sicherheitsfortschritt ist in Finnland und Frankreich im Bau.

Der chinesische Neubau setzt die Erfahrungen mit dem deutschen Kugelhaufen-Reaktor in Hamm-Uentrop und dem Kugelhaufen-Versuchsreaktor in der Tsinghua-Universität in echte Produktion um. Er ist gasgekühlt. Der Bau wurde von den chinesischen KKW-Prüfungen nach „Fukushima“ ausgenommen – mit Zustimmung aller Umweltschutzbehörden. --- **Wie** aus der Schweiz berichtet, werden umgerechnet 440 Mrd. ChF in das China-Projekt gesteckt. Die Anteile: China Huaneng Group 47.5%; China Nuclear Engineering Group 32.5%; Tsinghua University 20%. Es sollen Zug um Zug Jahrestromproduktionen von 9 Mio KWH erreicht werden.



*SPD-Abschalt-Opfer
Rest in Hamm-Uentrop*

Wir listen noch einmal die wichtigsten Vorteile der Kugelhaufen-Technologie auf:

+ Wie kam es zur Abschaltung des HTR in Hamm-Uentrop? Kurz nach Tschernobyl zeigte

Michal Gorbatschow Interesse am deutschen Reaktor und MP Johannes Rau, der den Reaktor sehr schätzte, flog mit großer Delegation nach Moskau. Ein Experte sollte für Gorbatschow den HTR erläutern. Doch Rau wurde aus Bonn mit der Nachricht angerufen, SPD und Grüne hätten sich durch Vermittlung von Gerhard Schröder für künftige Koalitionen angenähert. Die Grünen hätten einen mittelfristigen Atomausstieg verlangt. Rau reiste sofort ab, die Russen waren enttäuscht. Es folgten Beschlüsse zur Aufgabe des HTR und zur Lahmlegung der Forschung in Jülich.

Typisch für den HTR:

- Brennstoff **Thorium** statt Uran. Ist ausreichend verfügbar.
- **Kein** Plutonium-„Abfall“, wie ihn Atomkräfte zum **Bombenbau** brauchen.
- Selbstabschaltung **ohne menschliche Bedienung**, wenn ein Gau droht, d.h. der Reaktor erstickt sich rechtzeitig **selbst**. Wurde in Jülich praktisch erprobt.
- Sehr wenig schwacher Abfall, sehr kleine Lager. **Keine Castor-Transporte mehr nötig**.
- Mehr Sicherheit als in allen europäischen Ländern = **Spezial-Spannbeton**. Im Hamm-Uentrop erprobt.
- **Keine Riesenanlagen**, daher HTR in Ballungszentren einsetzbar. Genau das plant China. Wenn dies klappt, werden die Chinesen den Reaktor auch weltweit exportieren

=====

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Helmut Schmidt, ZEIT-Herausgeber, in seinem Blatt über Griechenland-Hilfe zu Weihnachten: „Entscheidend ist die Rolle der Medien. .. Das Missvergnügen an der EU, das sich in Europa ausgebreitet hat, haben die Medien erzeugt. Analyse ist für den Tagesjournalismus nicht interessant genug.“

Christian Wulff, Ex-Staatspräsident, wird von 80% der Deutschen bemitleidet. Dagegen wächst in der Politischen Klasse, besonders in Niedersachsen, die Sorge, dass der Sturz Wulffs ihr doch noch mehr schadet als nützt. Zuerst sickerte im November durch, dass die Vorwürfe gegen Wulff fast alle von den Staatsanwälten in Hannover als „unbegründet“ zu den Akten genommen wurden. Dann wusste der SPIEGEL, „es“ gehe nur noch um 400 € ungeklärte Hotelkosten. Schließlich wurde addiert, was die Staatsanwaltschaft so trieb. Sie hat bisher mehr als **zwei Millionen €** ausgegeben, und immer mehr Kenner fragen, was diesen Aufwand denn begründe: 24 Sonderermittler benötigten 20.000 Seiten Papier und 380 Aktenordner. 45 Bankkonten wurden gefilzt, eine Million Dateien gesichert, 37 Telefonanschlüsse geprüft. Hundert Zeugen, darunter die Kosmetikerin von Frau Wulff, wurden vernommen. Drei **ausländische Staaten** leisteten Rechtshilfe. Alles, um herzufinden, ob Kriminelles stattfand. Ein CDU-Prominenter im Landtag: „Eine Kladde hätte gereicht. Man fing nur eine Maus, und selbst das gilt als beweisschwach.“ Bei BILD wird gewitzelt: „Das Verfahren wird erst nach dem Ableben von Wulff eingestellt.“

Shinzo Abe, rechtsliberaler japanischer Premier, hat nicht erst nach seinem 2/3-Wahlsieg gesagt, Japan setze weiter auf Kernenergie. Er sagte es **vorher** in Radio und TV. Und nun haben Greenpeace und Co. das Problem, ihren Leuten zu erklären, weshalb angeblich 70 Prozent der Japaner nach Fukushima Kernkraft ablehnten. Die Lösung ist einfach: In den Wochen nach der Katastrophe drang erst langsam durch, dass nicht das Erdbeben die Fukushima-Reaktoren schädigte, sondern eine Hochflut. Hinzu kamen Versäumnisse des KKW-Betreibers durch Geiz. Dies schädigte dann **sekundär** die Reaktoren.

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, hofft auf einen Beitritt Polens zur Euro-Zone. Wie **Helmut Schmidt** rät er zur Führung Europas durch das Trio Paris, Berlin und Warschau. Die Kanzlerin wiederum sagt gelegentlich, Polens Premier **Donald Tusk** wäre ein möglicher Nachfolger von Präsident **Barroso**. Ein Brüsseler Freund meinte, **Jean-Claude Juncker** wäre eine bessere Lösung. Ich glaube das nicht. Juncker sollte lieber nächster EVP-Boss werden. Doch schwierig, denn man hat ja erst 2012 Altpräsident **Wilfried Martens** im Amt bestätigt.

Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin, fiel als einziger Politikerin in Berlin ein, dass Israel am 16. April seinen 65. Geburtstag feiert und die Genossen dem Jubilar etwas schenken könnten. Mit dem Genossen Christian Lange forderte sie die Partei auf, den Israelis einen Wald aus mindestens 5000 Bäumen zu schenken. Vorbildlich.

Gerolf Anneman, Jurist, wurde mit 92% Delegiertenstimmen neuer Präsident der rechtsradikalen flämischen Partei „Vlaams Belang“. Nach der Niederlage seiner Partei bei den Kommunalwahlen und der Stärkung noch radikalerer Kräfte, will der neue Chef heftiger gegen den „Moloch Brüssel“ und „Masseneinwanderung“ von Muslimen kämpfen.

Ivo Gönner, Präsident des *Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU)*, hält die so genannte Energiewende für weitgehend missglückt und fürchtet mit Freunden Versorgungsprobleme im Winter, wenn dieser doch noch kalt werde. Die von Minister Peter Altmeier angebotenen Gespräche würden auch nichts bringen: „Bis zu den Bundestagswahlen läuft fast alles falsch weiter.“

Benjamin Netanyahu, Israels Premier, erklärte mehrmals, wie sehr er sich über die Ernennung von **John Kerry** zum US-Außenminister durch **Barack Obama** freue: „Das ist mein persönlicher Freund seit vielen Jahren. Er hat große Erfahrungen und unterstützte immer alle Maßnahmen zur Sicherung der Existenz Israels.“ Ein Mitglied der US-Botschaft in Berlin kommentierte: „Die Deutschen erfuhren Netanyahus Liebe zu Kerry noch nicht.“

Radoslaw Sikorski, Polens Außenminister mit nur schwachem Einfluss in der Regierungspartei PO, blinzelt nach rechts. Der ehemalige PiS-Mann **Michal Kaminski** zieht Fäden zwischen Sikorski und **Roman Giertych**, Ex-Chef der rechtskonservativen LPR. Das Duo geht davon aus, dass die PO bei den nächsten Wahlen etliche Mandate verliert. Eine neue Giertych-Partei könnte gebraucht werden. Meint Sikorski.

Schweizerische Industrieverbände:

Grundsätzliches Nein zur «Energierategie 2050»

Die Schweiz ist weltweit das einzige Land, dessen Regierung Berlin energiepolitisch folgen will, freilich erst nach 2030. Und es hat noch kein KKW abgeschaltet. Anders als die deutsche Industrie hat die schweizerische vor Weihnachten geschlossen zum Kampf gegen die Regierungspläne aufgerufen. Und sie setzt auf ein Volksbegehren zu ihren Gunsten.

Die Branchenverbände **Swissmem** und **scienceindustries**, die unter anderen Firmen fast alle Exporteure organisiert, lehnen die Energierategie 2050 ihrer Regierung grundsätzlich ab. Sie gefährde die Stromversorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie.

Die Anforderungen der Industrie an die Stromversorgung seien eine jederzeit lückenlose Versorgungssicherheit und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Strompreise, schreiben die **Swissmem** und die **scienceindustries** nach Bern. Sie kommen zum Schluss, dass diese Anforderungen die Energierategie 2050 nicht berücksichtigt und lehnen deshalb wesentliche Strategieelemente grundsätzlich ab. Die Strategie gebe keine befriedigende Antwort darauf, wie vor dem Hintergrund einer zunehmenden Stromnachfrage die wegfallende Stromproduktion aus Kernkraft – die 40% der Gesamtproduktion darstellt – ersetzt werden könne, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Damit schaffe sich die Schweiz vor allem im Winter das Problem, **grosse**



Wilhelm Tell

Mengen Strom aus dem Ausland beziehen zu müssen. Auch Atomstrom! Heute bestehe dazu aber noch kein bilaterales Handelsabkommen mit der EU, stellen die Branchenverbände fest.

Die **Swissmem** und die **scienceindustries** lehnen auch den weiteren Ausbau der Subventionen für „erneuerbare“ Energien ab. Die **Erfahrungen in Deutschland zeigten**, dass eine massive, subventionsgetriebene Förderung der stochastischen Energieerzeugung – insbesondere mit Wind und Fotovoltaik – die Versorgungssicherheit sowie die **Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung** beeinträchtigt.

Die Verbände weisen in ihrem Memorandum an die Regierung auch darauf hin, dass politisch motivierte, **planwirtschaftliche** Strom- und Energiepreiserhöhungen, die einseitig durch die

Schweiz eingeführt würden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie gefährdeten. Bereits heute seien die Schweizer Industriestrompreise im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Zusätzliche Verteuerung des Stroms durch Erhöhungen der CO₂-Abgabe und der kostendeckenden Einspeisevergütung KEV sei inakzeptabel, **weil sich die exportorientierte Industrie ohnehin schon in einer schwierigen Situation befinde.**

Dasselbe gelte für die Absicht, ab 2020 die heutigen Förderabgaben in eine Lenkungsabgabe zu überführen. Eine einseitig durch die Schweiz eingeführte Energielenkungsabgabe würde die Strom- und Energiepreise im Vergleich zum Ausland massiv erhöhen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Arbeitsplatzes Schweiz stark beeinträchtigen. Ein gesetzliches (!) Verbot von Kernkraftwerken einer **nächsten** Generation – also einer Technologie, die es gegenwärtig noch gar nicht gebe – mache keinen Sinn und sei nicht nur unnötig sondern falsch. **Zudem müsste die Energiestrategie 2050 zwingend direkt-demokratisch legitimiert werden.**

Unterstützung für den Ausbau der Wasserkraft und der Netzinfrasturuktur: Die Swissmem und die *scienceindustries* könnten sich mit **marktkonformen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz** einverstanden erklären, schreiben sie. Anreizmodelle und wettbewerbliche Ausschreibungen fügten sich in die von den Industrieunternehmen seit Jahren verfolgte Stossrichtung ein. Im Weiteren unterstütze man den Ausbau der Wasserkraft, den Um- und Ausbau der Stromnetzinfrasturuktur sowie raschere Bewilligungsverfahren für den Bau von Stromerzeugungsanlagen und Stromnetzen.

Lösungsansätze aus der Sicht der Industrie: Für eine zukunftsfähige Energieversorgung, welche die Versorgung mit Strom **lückenlos** sicherstellt und **im Vergleich zum Ausland konkurrenzfähige Strompreise** ermöglicht, braucht es aus Sicht der Industrie eine rasche und vollständige Öffnung des Strommarkts. Weiter verlangen die Industriellen eine verbesserte Anbindung der Schweiz an den europäischen Strommarkt durch ein **bilaterales Stromabkommen mit der EU**. Die Verfahren für den Bau und Betrieb von Kraftwerken aller Art sowie von Stromnetzen seien zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zudem brauche die Schweiz Rahmenbedingungen, die den raschen Bau und den wirtschaftlichen Betrieb von Gaskraftwerken ermöglichen sowie eine starke und **technologisch offene Energieforschung ohne Verbote für einzelne Energieträger.**

Quelle: Memo der Swissmem und scienceindustries.

=====

ZUR LAGE IN SYRIEN

Der folgende Text extra in Englisch soll zeigen, wie die syrische Lage den Israelis und den in Israel lebenden Ausländern dargestellt wird. Text von Oberst a.D. Dr. Jacques Neriah für das Jerusalem Center for Public Affairs. Er war Vize-Chef des militärischen Geheimdienstes.

Before burying the Assad regime and prophesizing that it is only a matter of weeks before Assad disappears, it is essential to understand reasons for his survival until now.

Forty years of Alawite dominance in Syrian politics have created strong bonds and coalitions between the Alawite ruling elite and political forces which see their fate linked to the demise of Assad, such as the Christian, Druze, and Assyrian minorities as well as some Sunnite elites.

President Bashar Assad's inner circle, led by his brother, Maher, commander of the Syrian Army's Fourth Division, along with some of the Alawite elites, strongly believe that the regime should keep on fighting. Among the senior Alawite officers there is an understanding that if Assad goes, there will be a bloodbath against the Alawites. This group is pressing Assad to fight on.

Working in favor of the regime's survival are the divisions within the opposition. As much as two-thirds of the forces of the Free Syrian Army (FSA) are considered to be Islamic jihadists who are striving to establish an Islamic state in Syria. The FSA behaves as a guerrilla force. Most of its brigades number no more than 300 combatants, which is the largest field formation they have succeeded in deploying on the ground.

Since the beginning of the conflict, support of the Assad regime by Russia and China has served as an active shield against all attempts by the West to force a political solution on

Syria through a decision by the UN Security Council, similar to the ones in Kosovo, Libya, and Afghanistan.

Iran and Hizbullah have been providing the Syrian regime with assistance to quell the rebellion. Iran has mainly provided intelligence tools and equipment, while Hizbullah has sent its troops into Syrian territory in the Homs area, opposite northeastern Lebanon. These two allies understand that the Tehran-Syria-Hizbullah axis is at stake, and they are doing everything in their power to maintain Assad's position.

=====

Angela Merkel: „Ohne Polen geht es nicht“

Über 74% der polnischen Erwachsenen finden Deutschland sympathisch. 57% loben Merkels Europa-Engagement (Schuldenkrise). 2/3 sehen die EU positiv, doch 71% wollen nicht in die Euro-Zone.

In Polen wurde mehrfach veröffentlicht, der russische Konzern GAZPROM finanziere geheim westliche Umwelt-Verbände. Zwei tschechische Ex-Generäle sagten dies. Die tschechischen Herren hätten, so die polnische Quelle, über Bulgarien gesagt, das Land habe „Schiefergas schon abgesagt“. Unter dem Einfluss von Gazprom.

Litauen drängt Polen, seine Kernkraftpläne zu unterstützen. Litauen musste 2009 sein einziges AKW abschalten, weil es Mängel hatte. Inzwischen hat sich Polen mit den baltischen Staaten, Tschechien und der Slowakei verständigt. Warschau wird die Energie-Industrie dieser Länder koordinieren und Gespräche mit USA, Frankreich und China führen.

Polen bleibt entschlossen, seine gewaltigen Erdgas-Vorkommen auszubeuten. Experten räumen zwar ein, dass dies „hier und da technisch zweifelhaft“ sei, doch handele es sich um Ausnahmen. US-Experten, die sich auf großen Erfahrungen mit Schiefergas in USA und Kanada stützen, ermutigen Polen und erklären, Greenpeace verbreite falsche Daten.

Ein polnisches Magazin (WPROST) schrieb, die radikale Fraktion der RP habe – zusammen mit PiS, SLD und SP - für Misstrauensvoten einen „Tusk-Ersatz“ und nannte den Präsidenten der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Michal Kleiber. Der „Kandidat“ sagte, er wisse davon gar nichts, kam aber in den letzten Wochen schon wieder ins Gespräch als neuer MP. // PiS-Führer Jaroslaw Kaczynski denkt nicht an Kleiber. Bei der nächsten Wahl solle vielmehr Zyta Gilowska gegen Tusk antreten.

Anna Fotyga (PiS), zeitweise MdEP und poln, Außenministerin, legt sich quer gegen die Versöhnungserklärung der russisch-orthodoxen und polnischen (kath) Bischöfe. // Konservative Zeitungen verurteilen die „Schlesische Autonomiebewegung“ (RAS). Sie mache auf europäisch, sei aber antipolnisch und antikatholisch (!) Durch Analyse der letzten Volkszählung „mit Bekenntnis-Teil“ kommt man auf bis zu 800.000 Sympathisanten der RAS.

=====

MEDIEN

Wolfgang Weimer, Publizist und Verleger, kritisiert den „Defaitismus der deutschen Gesellschaft“. In einem Vortrag „German Angst“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung nannte er um „sich greifende Apokalypsen“ und als Beispiel die hysterische Klimadebatte. Die wirklichen Bedrohungen würden „ausgeblendet“. Er nannte die niedrige Geburtenrate und die schwindende Bedeutung Europas auf dem Weltmarkt. Von den 30 weltweiten Medienunternehmen wirke nur eines in Europa. Unter den 20 weltweit größten Medienunternehmen gebe es kein einziges mehr aus Europa.

Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805